

Querdenker

Mehr Handel treibt nicht das globale Wachstum

In den vergangenen Jahrzehnten hat der internationale Handel an Bedeutung gewonnen. Der Anteil der globalen Exporte am globalen Bruttoinlandsprodukt betrug in den frühen Sechzigerjahren zwölf Prozent, stieg jedoch bis 2008 auf mehr als 32 Prozent an. Unter den Standardannahmen der Handelstheorie sollte die Handelsliberalisierung zu Wohlstandsgewinnen führen.

Überraschenderweise ist die Beziehung zwischen globalem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und globalem Handel bislang keiner tief gehenden Überprüfung unterzogen worden. Meines Wissens ist eine Publikation aus dem Jahr 2014 von mir die einzige, die sich ökonomisch mit diesem Zusammenhang befasst. Es zeigte sich, dass globales Handelswachstum das globale Wirtschaftswachstum nicht treibt, während globales Output-Wachstum positiv auf das globale Handelswachstum einwirkt.

Meine Ergebnisse passen zu der Tatsache, dass das phänomenale Wachstum im Welthandel, welches in den Siebzigerjahren begann, mit einer säkularen Abschwächung des preisbereinigten globalen Wachstums im selben Zeitraum einherging. Das Wachstum des jährlichen BIP pro Kopf betrug in den Sechzigerjahren 3,4 Prozent, sank in den Siebzigerjahren auf zwei Prozent und dann weiter auf 1,4 bis 1,6 Prozent in den folgenden Jahrzehnten.

Negative Wachstumseffekte von zunehmendem Handel könnten dadurch entstanden sein, dass sich unter der Globalisierung große und hartnäckige Handelsungleichgewichte bildeten. Unter einer anderen internationalen ökonomischen Ordnung, die ausgeglichene Handel zwischen den Nationen sicherstellte, könnte der globale Handel eine positivere Rolle einnehmen. Dabei müsste es den großen Nationen unmöglich sein, durch inländische Nachfrageschwäche und hohe Exportüberschüsse ihre Handelspartner zu destabilisieren.

Zweitens scheint die Internationalisierung der Produktion ein Absinken der globalen Lohnquoten zu begünstigen. Die globale Verschiebung der Einkommensverteilung von Löhnen zu Profiten kann die schwächeren globalen Wachstumsraten erklären helfen, weil diese Verschiebung die allgemeine Sparneigung ansteigen lässt. Die Schlussfolgerung wäre, dass die Paradigmen der internationalen Ordnung geändert werden müssen. Die wichtigsten Nationen müssen daran gehindert werden, ihre schwache Inlandsnachfrage durch gewaltige Handelsüberschüsse zu kompensieren und dadurch Arbeitslosigkeit zu exportieren.

Dasselbe gilt für zentrale Paradigmen der nationalen Wirtschaftspolitik wie etwa „gesunde Staatsfinanzen“ und Lohnpolitik im Dienste der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Denn diese dürften mit dem Abbau von destruktiven Handelsüberschüssen unvereinbar sein.



Leon Podkaminer
ist Research Associate
am Wiener Institut
für internationale
Wirtschaftsvergleiche.

WIR



Junge Zahntechnikerin: Es bleibt die Sorge über eine „Generation Corona“, deren Start ins Berufsleben durch das Virus verhängelt wird.

edp images/Robert Kneschke

Ausbildung

Rückzug der Kleinen

Vor allem Kleinbetriebe schränken ihr Ausbildungsengagement ein, zeigt eine Studie. Die Grünen fordern Gleichwertigkeit von Studium und Berufsbildung.

Frank Specht Berlin

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hofft noch auf Nachholeffekte bis in den Herbst hinein, Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer macht sich für eine „Nachvermittlungsoffensive“ stark. Doch schon jetzt ist klar: Die Corona-Pandemie trifft nicht nur die Wirtschaft insgesamt hart, sondern auch den Ausbildungsmarkt.

Bis Ende Juli hatten die Unternehmen den Arbeitsagenturen 495.000 Ausbildungsplätze gemeldet – rund acht Prozent weniger als im Vorjahr. Auch wenn die Zahl der Bewerber ähnlich stark gesunken ist, bleibt die Sorge über eine „Generation Corona“, deren Start ins Berufsleben durch das Virus verhängelt wird, akut.

Dabei zeigt eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), die dem Handelsblatt vorliegt: Gerade Klein- und Kleinstbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten haben sich schon vor der Pandemie zunehmend aus dem Ausbildungsmarkt verabschiedet.

Für die Untersuchung haben die Forscher im vergangenen Jahr etwa 4000 Unternehmen befragt. Dabei zeigt sich, dass in den zurückliegenden zehn Jahren die Zahl der Auszubildenden in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten um rund 30 Prozent zurückgegangen ist – und damit deutlich stärker als in größeren Unternehmen.

Von den Firmen mit weniger als 20 Mitarbeitern bildeten in den letzten Jahren 29 Prozent weniger oder gar nicht mehr aus. Bei den größeren Betrieben liegt der Anteil bei unter einem Viertel.

Für Jörg Dräger, den Vorstand der Bertelsmann Stiftung, ist das eine bedenkliche Entwicklung. Denn oft ist es gerade der Handwerksmeister oder Inhaber eines kleinen Geschäfts, der auch Schulabgängern mit schwächeren Noten eine Chance gibt. „Kleinstbetriebe in der Ausbildung zu unterstützen ist gerade in der Coronakrise eine Frage der sozialen Gerechtigkeit“, sagt Dräger. Seit Anfang August können Betriebe mit weniger als 250 Beschäftigten, die trotz der Pandemie ihr Ausbildungsengagement beibehalten oder gar

Tatsächlich zeigt die Studie, dass steigende Ausbildungskosten, die sich durch den seit Jahresbeginn fälligen „Azubi-Mindestlohn“ noch erhöhen, zwar eine Rolle spielen, wenn Unternehmen weniger oder gar nicht mehr ausbilden. Dies gilt umso mehr, je kleiner ein Betrieb ist. Doch andere Ursachen sind entscheidender für den Rückgang der Ausbildungsbeteiligung. Der Hauptgrund generell ist, dass Firmen keine geeigneten, weniger oder gar keine Bewerbungen mehr erhalten. Auch hier sind Kleinbetriebe stärker betroffen als größere.

Von den Ausbildungsbetrieben mit weniger als zehn Beschäftigten konnten 2018/19 rund 59 Prozent nicht alle Lehrstellen besetzen. Im Schnitt aller Unternehmen lag die Quote bei 48 Prozent, bei Unternehmen mit 200 und mehr Beschäftigten bei 27 Prozent.

Hilfen zu wenig bekannt

Problematisch dabei: Es gibt durchaus staatliche Instrumente, um beispielsweise auch Schulabgängern mit schlechteren Leistungen den Weg in die Berufsausbildung zu ebnen und „Passungsprobleme“ zwischen Anforderungen und Qualifikation zu lindern. Doch rund 70 Prozent der befragten Ausbildungsbetriebe kennen die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) finanzierte Assistierte Ausbildung nicht.

40 Prozent ist die Option nicht bewusst, im Verbund mit anderen Unternehmen auszubilden, sich also die Last zu teilen. Obwohl gerade Kleinstbetriebe über die größten Besetzungsschwierigkeiten klagen, sind die Wissenslücken bei ihnen am größten. „Es gibt

29

Prozent

der befragten Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten bilden seit 2016 weniger oder gar nicht mehr aus.

Quelle: Bertelsmann Stiftung

steigern, den neuen staatlichen Zuschuss von 2000 beziehungsweise 3000 Euro pro Ausbildungsvertrag beantragen.

„Das ist gut gemeint, aber wird wahrscheinlich nicht viel bringen“, sagt Bertelsmann-Experte Marcus Eckelt, Co-Autor der Studie. Er halte es für sinnvoller, allen Jugendlichen, die wegen Corona keine Lehrstelle finden, zu nächst eine überbetriebliche Ausbildung zu finanzieren. Mit einer solchen „Ausbildungsgarantie“ habe beispielsweise Österreich gute Erfahrungen gemacht.

für ausbildende Betriebe vielfältige Unterstützungsangebote, die sich in der Vergangenheit bewährt haben“, sagt BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser. Nun komme es aber darauf an, sie noch besser bekanntzumachen und deutlich mehr Betriebe dafür zu gewinnen.

Das sieht man auch beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) so. „Gerade Jugendliche, die höchstens einen Hauptschulabschluss haben oder aus Einwandererfamilien stammen, schaffen oftmals den Sprung von der Schule in die Ausbildung nicht – und das trotz einer wachsenden Zahl an unbesetzten Ausbildungsplätzen“, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

Nach dem jüngsten Berufsbildungsbericht des Bundesbildungsministeriums waren im Ausbildungsjahr 2018/19 von knapp 572.000 gemeldeten Ausbildungsstellen Ende September etwa 53.000 nicht besetzt. Dem standen knapp 25.000 unverstärkte Bewerber gegenüber.

„Gift für die Gesellschaft“

Dieser Trend drohe sich in der Coronakrise noch zu verschärfen, warnt Hannack. „Das Nebeneinander von Fachkräftemangel und hoher Ausbildungslosigkeit ist Gift für unsere Gesellschaft.“ Die duale Bildung stehe aber weiterhin auch deshalb unter Druck, weil Jugendliche mit höheren Schulabschlüssen oft einen Bogen um sie machten.

Rund 508.000 Erstsemester gab es im Studienjahr 2019/20 in Deutschland. Demgegenüber wurden 2019 rund 525.000 duale Ausbildungsverträge geschlossen. Um dem Ansturm auf die Hochschulen etwas entgegenzusetzen, wollen die Grünen die duale Ausbildung stärken und vor allem die Durchlässigkeit zwischen beiden Optionen erhöhen.

In einem dem Handelsblatt vorliegenden Antrag, der nach der Sommerpause in den Bundestag eingebracht werden soll, fordert die Oppositionspartei unter anderem, beruflich Qualifizierten im öffentlichen Dienst die Eingruppierung in höhere Entgeltgruppen und den Zugang zur Beamtenlaufbahn zu erleichtern. Bei der Ausschreibungspraxis der Bundesbehörden müsse zudem die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung gestärkt werden.

Die Gleichwertigkeit werde viel beschworen, sei aber „leider allzu oft ein modernes Märchen“, kritisiert der Sprecher für Wissenschaft und Forschung der Grünen-Bundestagsfraktion, Kai Gehring. Es gebe in der Wirtschaft kaum Führungskräfte ohne



imgo images/Courtesy

Hochschulabschluss, und von höheren Posten im öffentlichen Dienst seien beruflich Qualifizierte nahezu ausgeschlossen. Um nicht nur beim Bund, sondern auch in Ländern und Kommunen etwas zu bewirken, schlägt Gehring vor, die Einstellungspraxis zum Thema der Allianz für Aus- und Weiterbildung zu machen, der neben der Bundesregierung auch die Länder, die Bundesagentur für Arbeit und die Sozialpartner angehören.

”

Nach der Krise ist vor dem Fachkräftemangel.

Friedrich Hubert Esser
BIBB-Präsident

Unterstützung erhalten die Grünen von Handwerkspräsident Wollseifer: „Wenn das Eintreten für eine gleichwertige Behandlung von beruflichen und akademischen Abschlüssen nicht nur eine Worthülse bleiben soll, dann muss der öffentliche Dienst als größter Arbeitgeber auch im gehobenen und höheren Dienst zugänglich für Absolventen der beruflichen Bildung sein.“

Nur dann bekomme man einen Sinneswandel in der Elterngeneration, ihre Kinder zu einer beruflichen Ausbildung zu ermuntern und sie dabei zu unterstützen. „Entscheidend sollte die Gleichwertigkeit der Bildungsabschlüsse und nicht das gewählte Bildungssys-

tem sein, das zu diesen geführt hat“, sagt Wollseifer.

Die Grünen beklagen aber auch, dass es bei der dualen Berufsausbildung große Forschungslücken gebe. Vergleichbar zur Sozialerhebung für Studierende, deren Ursprünge bis ins Jahr 1951 zurückreichen, sollten auch Auszubildende in regelmäßigen Abständen zu sozialer Herkunft, Ausbildungsfinanzierung, Mobilität, Lebenshaltungskosten, Wohnsituation und anderen Kriterien befragt werden, heißt es in dem Antrag.

Forschung ausweiten

Auch der weitere berufliche Lebensweg von Absolventen der dualen Ausbildung müsse besser durchleuchtet werden. Außerdem fordern die Grünen eine stärkere Internationalisierung der dualen Ausbildung.

Den Unternehmen kann es nur recht sein, wenn das Interesse der Schulabgänger geweckt wird. Zwar ist das Ausbildungsengagement derzeit durch die Coronakrise gedämpft. Von den Betrieben, die die Bertelsmann Stiftung und das BIBB vor der Pandemie im vergangenen Jahr befragt hatten, gab immerhin ein Drittel an, künftig mehr ausbilden zu wollen. Allerdings wünschen sich auch 63 Prozent eine stärkere Unterstützung bei der Suche nach passenden Auszubildenden.

Auch wenn in den Unternehmen derzeit der Erhalt von Arbeitsplätzen im Zentrum stehe, so gelte es doch, für die Zeit nach der Rezession vorzusorgen und weiter auszubilden, sagt BIBB-Präsident Esser. Denn: „Nach der Krise ist vor dem Fachkräftemangel.“

► Kommentar Seite 15

Sozialpolitik-Experiment

Studie untersucht das bedingungslose Grundeinkommen

Der Staat zahlt jedem Bürger ein bedingungsloses Grundeinkommen – hinter dieser Idee hat sich eine vielfältige Anhängerschaft versammelt, die von Linken-Chefin Katja Kipping bis zum Drogerieunternehmer Götz Werner reicht. Das Grundeinkommen gilt dabei wahlweise als Antwort auf die Umbrüche der Digitalisierung, als Möglichkeit zur Umverteilung oder als Weg zur Selbstverwirklichung der Menschen.

Die Forschungsfrage lautet: Was würde, was eine solche Sozialleistung mit den Menschen und der Gesellschaft machen würde, ist noch dürrig. Nun haben das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und der Verein Mein Grundeinkommen eine Langzeitstudie gestartet, die der Debatte zu einer besseren empirischen Basis verhelfen soll. Seit Dienstag können sich Freiwillige bewerben, wenn sie ihren Wohnsitz in Deutschland haben und mindestens 18 Jahre alt sind. Gesucht werden 1500 Probanden. Das Verfahren ist eine Art Lotterie: Nach dem Zufallsprinzip werden 120 Teilnehmer ausgewählt, die ab Frühjahr 2021 drei Jahre lang jeden Monat bedingungslos 1200 Euro erhalten.

Die restlichen Probanden dienen als Vergleichsgruppe. Die Wissenschaftler wollen durch regelmäßige Befragungen der Teilnehmer herausfinden, wie sich ihr Alltag durch das Geld verändert. Der Blick richtet sich dabei unter anderem auf das Arbeitsleben, die Finanzen, den Bereich Familie und Beziehungen, soziale Kontakte oder auch auf mögliche psychische Veränderungen.

„Wissenschaftliches Neuland“

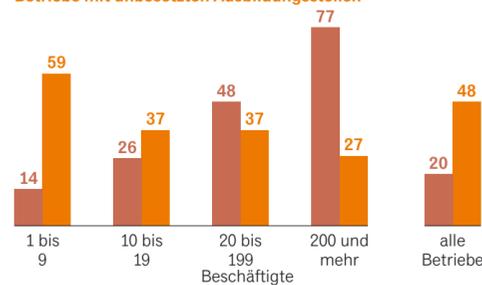
„Diese Studie ist eine Riesenchance, um die uns seit Jahren begleitende theoretische Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen in die soziale Wirklichkeit überführen zu können“, sagte Jürgen Schupp vom DIW Berlin. „Bisherige weltweite Experimente sind für die aktuelle Debatte in Deutschland weitgehend unbrauchbar.“ Mit diesem Pilotprojekt werde „wissenschaftliches Neuland“ betreten.

Michael Bohmeyer, Initiator des Vereins Mein Grundeinkommen, erklärte: „Wir wollen wissen, was es mit Verhalten und Einstellungen macht und ob das Grundeinkommen helfen kann, mit den gegenwärtigen Herausforderungen unserer Gesellschaft umzugehen.“ Finanziert wird die Studie durch private Spenden. Kritiker des Grundeinkommens führen nicht zuletzt an, dass eine flächendeckende Einführung wegen der hohen Kosten nicht möglich sei: Rein rechnerisch würde ein Grundeinkommen von 1000 Euro für 83 Millionen Bundesbürger eine Billion Euro im Jahr kosten. Die gesamten Staatsausgaben liegen bisher laut Statistischem Bundesamt bei knapp 1,5 Billionen Euro im Jahr.

Der FDP-Sozialpolitiker Johannes Vogel sagte dem Handelsblatt, dass er ein bedingungsloses Grundeinkommen für Bürger „weder für sinnvoll noch für machbar – und auch nicht für fair“ halte. Das Experiment sei aber dennoch spannend und verdiene Respekt. „Es wird wirklich offen über Abhängigkeiten und persönliche Freiheit nachgedacht. Das unterscheidet die Initiatoren von der einbetonierten Hartz IV-muss-weg-Fraktion.“ Es gehe auch darum, „wie wir Freiräume schaffen können, in denen Menschen immer wieder etwas ganz Neues unternehmen können.“ Gregor Waschinski

Kleinstunternehmen: Viele unbesetzte Ausbildungsstellen

Anteile in Prozent nach Betriebsgröße
Betriebe mit Ausbildungsplatzangeboten*
Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsstellen



HANDELSBLATT

Gründe für Rückgang der Ausbildungsbeteiligung

Auswahl, Mehrfachnennungen möglich	Angaben in Prozent
Unternehmensgröße: 1 bis 9	50
Unternehmensgröße: 10 bis 19	41
Keine geeigneten Bewerbungen mehr erhalten	41
Weniger oder gar keine Bewerbungen erhalten	44
Suche nach Bewerbern zu zeit-/kostenintensiv	26
Eher fertig ausgebildete Fachkräfte benötigt	4
Konnte Auszubildende nicht mehr so intensiv wie erforderlich betreuen	36
In der Vergangenheit konnten Ausbildungsplätze nicht besetzt werden	21
Kosten für Ausbildung gestiegen	20
	18
	26
	1

*2018/2019 • Quellen: Bertelsmann Stiftung, BIBB